Wenn die Käseglocke gelüftet wird, gibt's Sturm

Pflöcke in den schwankenden Boden rammen: Im Fernsehen der DDR geht die Existenzangst um

Verloren pendelt ein Mann zwischen den Systemen. *Hans Bentzien*, noch amtierender Generalintendant des „Deutschen Fernsehfunks", steht am Wahlabend im Palast der Republik nicht nur auf der Grenze zwischen ARD-, ZDF- und DFF-Wahlstudio, sondern er steht auch auf der Scheide zwischen Staatsfunk und öffentlich-rechtlichem System, an der Schwelle von staatssicherer Vergangenheit und kapital- und konkurrenzbestimmter Zukunft. „Seit Donnerstag ist das Fernsehen öffentlich-rechtlich", sagt er und hält diesen Satz vor sich wie einen Schild. Doch mit dieser neuen Selbstdefinition des DDR-Fernsehens ist nichts gerettet. Das große politische Revirement und die Umstrukturierung des personalintensiven Apparats stehen noch bevor. Am Freitag vor der Wahl ist der Intendant von „Stimme der DDR" (jetzt wieder „Deutschlandsender"), *Martin Radmann*, aus politischen Gründen bereits zurückgetreten (worden). Und Bentzien weiß: Der Wahltag und erst recht *dieser* Ausgang der Wahl haben auch sein eigenes Ausscheiden in greifbare Nähe rücken lassen.

In den Studios in der Nalepastraße und in Adlershof wird in diesen Tagen produziert, was das Zeug hält. Als ob die vier Hörfunk- und zwei Fernsehprogramme auf ewig so weitermachen würden. Doch die existenzielle Unsicherheit der Redakteure, Künstler und technischen Mitarbeiter ist extrem, aus politischen Gründen und aus Angst vor Wegrationalisierung. Sie wissen, daß die Apparate aufgebläht sind. Kein Tag der letzten Wochen, an dem nicht öffentlich-rechtliche und privatkommerzielle Entsandte aus der Bundesrepublik mit Kennerblicken durch die Studios gestreift wären, die „Kooperation" auf den Lippen. Hat ihnen nicht dieser Tage der Emissär der ARD-Arbeitsgemeinschaft für Rundfunkwerbung (ARW) genau vorgerechnet, was die Werbung in den nächsten Jahren bringen kann, wenn ... Gibt es nicht längst bilaterale Kontakte, unter anderem mit dem SFB, mit dem NDR, mit ffn, mit Antenne Bayern und am 5. April den Kooperationsvertrag mit 3SAT?

Spricht nicht auch Generalintendant Bentzien uns gegenüber davon, daß zum Beispiel die diversen Klangkörper des DDR-Hörfunks „weg" müßten, behutsam zwar, aber doch weg? Dazu gehören so renommierte wie das Große Sinfonieorchester, das Große Rundfunkorchester und der Rundfunkchor Berlin. Gar nicht zu reden von den freien Künstlern und Musikgruppen, die ihre Platten bisher beim staatlichen Rundfunk einspielten und nun befürchten, daß westliche Schallplattenkonzerne den Markt mit ihren Musikwaren besetzen.

Fieberhaft wird in Basisgruppen beraten, was dagegen zu tun sei. Intensive Mitbestimmungs- und Kündigungsschutzregelungen werden in Satzungen und Statuten verankert. Sie sehen ein Einspruchs- und Vetorecht gegen jegliche Entscheidung der Abteilungsleitung vor, wie etwa in der vor drei Wochen verabschiedeten Satzung des künstlerischen Rates der Hauptabteilung Musik im Hörfunk. Eine Abteilungs-Vollversammlung kann dem Abteilungsleiter jede Entscheidung mit Zweidrittelmehrheit aus der Hand nehmen. Erinnerungen an die Redaktionsstatutenbewegung in Presse und Rundfunk Anfang der 70er Jahre in der Bundesrepublik werden wach.

Ein „Vorläufiges Statut des Rundfunks der DDR" liegt seit kurzem in einem Hörfunk-internen Entwurf vor. Darin vollzieht der Hörfunk den Schritt zu einer „unabhängigen öffentlichen Einrichtung, die nicht der Regierung untersteht". Meinungspluralismus und das Recht auf wahrhaftige und vielfältige Information sollen gewährleistet sein. Statuten und Satzungen wurden noch vor der Wahl diskutiert und beschlossen. Da nur ein demokratisch gewähltes Parlament und eine daraus hervorgegangene Regierung (oder Landesregierungen) über die Verfassung des Rundfunks entscheiden können, mögen die Beschlüsse bald von den Ereignissen überholt werden. Verhandlungspositionen bauen sie allemal auf, wie auch die westlichen Anstalten bereits ihre Pflöcke in den schwankenden Boden rammen.

Wenn die Käseglocke gelüftet wird, dann gibt's Sturm. Das trifft besonders auf die politische Selbstreinigung des Rundfunks (Hörfunk und Fernsehen) zu. Der erzwungene Rücktritt des Intendanten *Martin Radmann* vor einer Woche ist erst der Anfang: die Spitze eines Eisbergs wird sichtbar. Da erinnert man sich etwa der politischen Redakteure bei Radio DDR, *Dietmar Meinhold* und *Klaus Bredel*, die sich beim Mittagessen Ende 1976 über die Biermann-Ausbürgerung mit einem „Freund" unterhielten, der sie denunzierte. An Meinhold sollte ein Exempel statuiert werden. Ohne Grundlage im Arbeitsgesetzbuch der DDR wurden beide fristlos entlassen und diese Entlassung mit einer „Treuepflichtverletzung" gegenüber der DDR begründet. Gegenüber dem Freikaufsanwalt und Justitiar des Senders Professor Friedrich Kaul, sollte Meinhold bei einem scheinbar freundlichen Essen weitere Beteiligte an der „Biermann-Verschwörung" nennen. Der Denunziant ist als Redakteur ebenso wie alle beteiligten Chef- und leitenden Redakteure nach wie vor im Sender tätig.

ZEICHEN *für schnellen Wandel: Aus dem staatlichen „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst" wird wende-modisch „Action News Direct" – am Wahltag im Palast der Republik.* Photo: Steinmetz

Michael Schiwak war Redakteur und Moderator von „Hallo – das Jugendjournal" bei der Stimme der DDR. Beim Schneiden eines Beitrags äußerte er Anfang 1980 gegenüber einem Kollegen Sympathie mit der polnischen „Solidarnosc" und daß es an der Zeit wäre, im Hause die Leitenden zur Rechenschaft zu ziehen, so wie in Polen. Schiwak wurde von Intendant Radmann in Gegenwart des Redaktionsleiters Hans Cannier die fristlose Entlassung zunächst angedroht. Wie viele andere wurde er im Sender kaltgestellt und bekam keine redaktionellen Aufgaben mehr, wurde schließlich mit Hausverbot belegt.

Mit der Aufarbeitung dieser und ähnlicher Fälle stehen Hörfunk und Fernsehen der DDR erst am Anfang. Wie dicht das Netz der Überwachung und Denunziation gewebt war, kann sich hier kaum jemand vorstellen. Verwickelt sind fast alle Führungskräfte – gegenwärtig die Verhandlungspartner der westdeutschen Anstalten.

Rüdiger Steinmetz